

Perspektiven des Übergangs

Oder autoritärer Wiedergänger?

Sunanda Deshapriya

Sri Lanka wählt in einigen Wochen den neunten Präsidenten. Die Hoffnungen auf grundlegende Reformen durch die 2015 gewählte Regierung blieben weitgehend unerfüllt. Die politische Koalition pro Reformen ist sowohl auf der Ebene der Regierung als auch als motivierender Diskurs zerfallen. Anhand der Kandidaten und der politischen Konflikte skizziert der Autor eine eher beunruhigende Perspektive.

Insgesamt steht der Prozess der gesellschaftlichen Reformen und der Übergangsjustiz vor der Gefahr der Einstellung. Die politische Debatte dominieren die Themen Wirtschaft und nationale Sicherheit. Die Angriffe islamistischer Extremisten am Ostersonntag 2019 haben diese Frage in den Vordergrund gerückt. Umgekehrt haben Gewalt und Hassreden gegen Muslime durch militante singhalesisch-buddhistische Gruppen beispiellose Höhen erreicht. Gefälschte Nachrichten und Propaganda in den sozialen Medien haben die Beziehungen zwischen den ethnischen Gruppen unkalkulierbar werden lassen.

Politisches Spektrum

Die Rajapaksa-Familie hat den ehemaligen Verteidigungsminister Gotabaya Rajapaksa zum Präsidentschaftskandidaten der Partei *Sri Lanka Podujana Peramuna* ernannt. Die andere große Partei, die *United National Party* von Premierminister Ranil Wickremesinghe, ist in der Frage der Präsidentschaftskandidatur gespalten. Inoffiziell hat der stellvertretende Parteivorsitzende Sajith Premadasa erklärt, er kandidiere für die Präsidentschaft. Premierminister Wickremesinghe hält sich die Kandidatur offen.

Die Anwärter Gotabaya Rajapaksa und Sajith Premadasa befürwor-

ten eine starke singhalesisch-buddhistische Ausrichtung, wobei Sajith Premadasa allerdings auch von mehr Machtbefugnissen für die Regionen spricht. Als Alternative hat sich die linke Oppositionspartei *Janatha Vimukthi Peramuna* (JVP) mit 17 zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Nationalen Volksbewegung (*National People's Movement – NPM*) zusammengeschlossen und den Vorsitzenden der JVP, Anura Kumara Disanayake, als Präsidentschaftskandidaten angekündigt.

Die exekutive Macht des Präsidenten bliebe mit Gotabaya Rajapaksa als Präsident wohl ungebrochen. Es gab zwar die 19. Verfassungsänderung, die die exekutiven Befugnisse des Präsidenten beschnitten hat. Sollte er jedoch an die Macht zurückkehren, werden wir erneut ein autoritäres Regime erleben. Nicht zuletzt deshalb, weil der Prozess der Verfassungsreform zum Stillstand gekommen ist. Die Regierungskoalition hat sich aufgelöst. Die Diskussion um die Übertragung von Machtbefugnissen auf die Regionen, in denen das tamilische Volk lebt, findet im politischen Mainstream der Hauptstadt kaum eine Ankündigung.

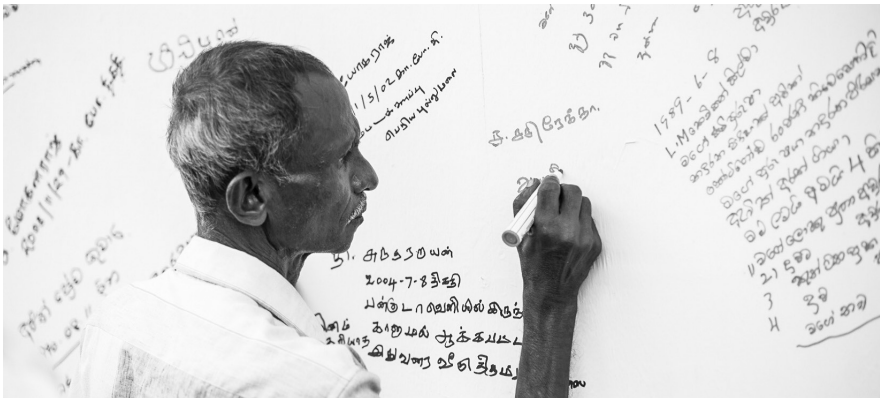
Das Anti-Terrorismus-Gesetz (*Prevention of Terrorism Act – PTA*) wird so angewendet wie zuvor. Der alternative Entwurf in seiner jetzigen Fas-

sung, der neue *Counter Terrorism Act* (CTA), würde im Sinne rechtsstaatlicher Garantien kaum besser ausfallen. Mit dem aktuellen Wortlaut ließe sich fast alles an staatskritischer Meinung als Beitrag zum Terrorismus definieren. Schlimmer: Eine neue Regierung könnte mit der Abschaffung des auch im Ausland kritisierten PTA Reformwillen an den Tag legen, aber faktisch so repressiv weiterverfahren wie zuvor.

Potenziale für die Demokratie

Die Parteienkoalition zu den Wahlen von 2015 ist zerfallen. Der aktuelle Präsident Maithripala Sirisena gewann diese Wahlen mit dem Versprechen, Menschenrechte und Demokratie zu wahren. Das wenige an erfolgreicher Umsetzung droht zu verschwinden, insbesondere beim Schutz der Demokratie, der Menschen- und Minderheitenrechte.

Unbeschadet der Misserfolge der jetzigen Regierung gab es in den letzten fünf Jahren mit der Öffnung des öffentlichen Raums jedoch einen entscheidenden Wandel. Das Klima der Angst und die Militarisierung haben sich verringert. In den vom Krieg betroffenen Gebieten, in denen die Menschen unter der Herrschaft des früheren Präsidenten Mahinda Rajapaksa – Bruder von Gotabaya – in ständiger Angst lebten, gehen die Menschen nun auf die Straße und fordern etwa die



Der Vater eines Verschwundenen aus dem Osten Sri Lankas schreibt eine Botschaft an die temporäre Wand der Erinnerung beim Büro für Verschwundene (OMP).

Bild: Sri Lanka Briefing Notes 16

Übergabe militärisch besetzter Gebiete oder Gerechtigkeit für die Familien der Verschwundenen. Das Recht auf Information wurde zum Grundrecht. Politisch motivierte, außegerichtliche Tötungen kommen so gut wie nicht mehr vor – früher ein Kainsmal der Exekutive.

Auch der Prozess der Übergangsgerechtigkeit, begleitet von den Menschenrechtsexpert(inn)en der Vereinten Nationen in Genf, hat Fortschritte erzielt. Das Büro für vermisste Personen (OMP) arbeitet seit zwei Jahren und verfügt über drei Regionalbüros in Matara, Mannar und Jaffna. Die Regierung hat angekündigt, dass Familien von Vermissten, die über eine amtliche Bescheinigung zur abwesenden Person (*Certification of Absence*) verfügen, eine vorläufige monatliche Entschädigung in Höhe von 33 US-Dollar erhalten. Der Kreis derer, die Anspruch auf eine solche Bescheinigung haben, ist relativ weit gefasst. Betroffene selber zögern jedoch und befürchten, dass daraus eine Sterbeurkunde und die Pflicht zur Wahrheitsfindung und Rechenschaft des Staates vergessen wird. Nicht umsonst hat im September 2019 die in Genf ansässige Arbeitsgruppe des UN-Menschenrechtsrates zum Thema erzwungenes Verschwindenlassen in ihrem Folgebericht zur Visite 2016 Maßnahmen gefordert, damit alle Fälle von erzwungenem Verschwindenlassen unverzüglich untersucht und vor Gericht gebracht werden.¹

Solche Widerständigkeit lässt hoffen, dass es keinen Automatismus zur autoritären Wende geben wird, sollte

Gotabhaya Rajapaksa die Wahl gewinnen. Die Menschen haben sich an demokratische Formen der Auseinandersetzung gewöhnt. Ein Verlust wäre spürbar. Selbst der Vorwand der nationalen Sicherheit als Waffe zur Unterdrückung kritischer Stimmen ist in Nicht-Kriegszeiten schwerer zu rechtfertigen. Was gleichwohl mit am meisten beunruhigt, ist die Wahrnehmung eines Großteils der singhalesischen Bevölkerung, die Verteidigung der Menschenrechte folge einer internationalen Agenda.

Ein wesentlicher Umstand, damit das Pendel nicht vollständig umschlägt, wäre außerdem eine freie Presse im Land. Von den tradierten, privaten Medien ist nicht viel zu erwarten. Im staatlichen Mediensektor wurden trotz des großen Engagements Einzelner wichtige Reformen verschleppt. Soziale Medien haben bei der Organisation des Protests gegen Sirisenas Putschversuch im Oktober 2018 zwar eine wichtige Rolle gespielt, sie bleiben jedoch aufgrund des oben genannten Beispiels zwiespältig. Allgemein werden kritisch berichtende Journalist(inn)en insbesondere im Norden und Osten des Landes nach wie vor überwacht und müssen mit ihrer Verfolgung auch in den kommenden Jahren rechnen.

Den ganzen Zwiespalt gegenüber der aktuellen politischen Lage drückt eine Stellungnahme des *Friday Forum* aus, ein informelles Bündnis engagierter und renommierter Bürger/-innen: „Unsere Enttäuschung und Wut über das Scheitern der jetzigen Regierung

darf nicht dazu führen, dass die kleinen Fortschritte bei der demokratischen Regierungsführung, die erzielt wurden, abgelehnt werden. Vor allem dürfen wir nicht zulassen, dass unsere Angst vor dem Versagen der Regierung in Bezug auf die nationale Sicherheit die Demokratie grundsätzlich als Form der Regierungsführung ablehnt. (...) Die Geschichte der Welt und unsere eigenen jüngsten Erfahrungen zeigen, dass Unterdrückung sowie Missbrauch von Autorität unter dem Deckmantel einer starken Führung (...) nur mehr Gewalt und Konflikte bringen (...)“²

Dem ist wenig hinzuzufügen, außer, dass auch international die Wahl in Sri Lanka als eminent wichtig für die Perspektive einer demokratischen Gesellschaft eingeschätzt werden möge, die sich auf Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten gründet. Und praktische Konsequenzen aus dieser Einsicht zieht.

*Aus dem Englischen übersetzt
von Theodor Rathgeber*

Zum Autor



Sunanda Deshapriya ist freier Journalist, lebt seit 2009 zeitweise in der Schweiz, schreibt regelmäßig Kolumnen für Medien in Sri Lanka und betreibt eine englischsprachige Webseite (<http://srilankabrief.org/>).

Texthinweis

Sri Lanka Briefing Notes, Ausgabe Nr. 16, September 2019, abrufbar via o.a. Webseite

Endnoten

¹ Jahresbericht A/HRC/42/40 und Länderbericht A/HRC/33/51/Add.2 aus dem Jahr 2016.

² *Sri Lanka Briefing Notes*, Ausgabe Nr. 16, September 2019.